

GR. Sissi POTZINGER

19.10.2006

A N F R A G E

Betr.: Mängel bei der Durchführung der Nationalratswahlen
am 1.10. 2006 in Graz

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Bei der Durchführung der Nationalratswahlen am 1.10.2006 kam es in etlichen Grazer Wahllokalen zu verschiedenen Problemen. Beispielsweise gab es in manchen Sprengeln zu wenig Wahlurnen, sodaß die Wahlkommission während der Wahlzeit kurzfristig das Wahllokal schließen musste, um die Urne zu öffnen und die Kuverts mit den Stimmzetteln in einer Schachtel zwischenzulagern. Wahlkartenwähler, die in ihrem zuständigen Sprengel (beispielsweise 0102 im Amtshaus) wählen wollten, wurden vom Wahlleiter abgewiesen und durften dort nicht wählen, obwohl sie laut Wahlordnung dazu berechtigt gewesen wären.. Manche Wahlleiter konnten beim Stimmenauszählen Stimmzettel mit Vorzugsstimmen nicht richtig zuordnen: obwohl das Innenministerium in Inseraten nochmals klar auf die Möglichkeit, sowohl über die Landesliste als auch über die Regionalliste Vorzugsstimmen vergeben zu können, informiert hatte. Schließlich war auch die barrierefreie Erreichbarkeit der Wahllokale nicht überall gegeben - beispielsweise waren in der Volksschule **Eisteich** 6 Wahllokale eingerichtet, obwohl von der Plüddemangasse aus wegen einer Baustelle keine Zufahrtsmöglichkeit bestand.

Die Ausübung des Wahlrechts darf für die Bürgerinnen und Bürger nicht zum Spießrutenlauf werden. Deshalb richte ich an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der ÖVP-GR-Fraktion folgende

Anfrage:

Welche Konsequenzen werden aus den oben genannten Vorkommnissen gezogen, um künftig für einen reibungslosen Wahlablauf zu sorgen?



Betr.: Raschere Abwicklung
von Bauverfahren

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Peter Rieger
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. Oktober 2006

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Neubauten und deren gesetzeskonforme Umsetzung sollten in einer lebendigen Stadt wie Graz möglich sein - und zwar innerhalb einer für den Bauwerber absehbaren Zeit. Es dürfte jedenfalls nicht so sein, dass Bauwerber sich mehr als drei Jahre lang vergeblich bemühen, einen Baubescheid in den Händen zu halten; und sich schlussendlich auf Grund dieser Verzögerung gezwungen sehen, entweder aus Graz abzuwandern oder – wie dies jüngst im Falle eines Gewerbetreibenden passierte - den Konkurs anzumelden, weil Ausbau- oder Neubauiden an der Behörde scheitern.

Um zu gewährleisten, dass Graz diese lebendige Stadt bleibt und auch BauwerberInnen - egal, ob sie sich neu in Graz ansiedeln, etwas aus- oder umbauen wollen – Perspektiven zu bieten, müsste zumindest sichergestellt werden, dass sie innerhalb einer gewissen Zeit ab dem Bauansuchen den Baubescheid in den Händen halten können. Ich glaube, dass es seitens des Magistrates machbar sein müsste, innerhalb eines halben Jahres die erforderliche Bewilligung erteilen zu können. Wobei natürlich klar ist, dass im Vorfeld eine gründliche Beratung angeboten werden muss, damit ein Bauprojekt auch den Baugesetzen entspricht.

Diese Maßnahme – Ausstellung eines Baubescheides innerhalb von 6 Monaten – halte ich nicht nur für eine wesentliche Grundlage der Rechtssicherheit, sondern auch für eine durchaus wirksame Form der Wirtschaftsförderung.

Aus diesen Gründen stelle ich daher namens des SPÖ-Gemeinderatsklub an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

ob Sie im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz bereits sind, im Sinne des Motivenberichtes auf die zuständigen Fachabteilungen bzw. politischen ReferentInnen einzuwirken, damit BauwerberInnen ihre Baubescheide innerhalb der 6-Monate-Frist bekommen und nicht drei Jahre auf Bescheid warten müssen, und deshalb Graz verlassen wollen oder für ihr Unternehmen Konkurs anmelden müssen.



Betr.: Informationsveranstaltung Südgürtel/
Klärung des Sachverhalts

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Klaus Eichberger
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. Oktober 2006

Sehr geehrter Bürgermeister!

Für 25. September 2006 wurde, zumindest könnte man dies auf Grund der Verwendung der offiziellen Logos annehmen, vom Land Steiermark/Abteilung Wissenschaft und Forschung, Verkehr und Technik, sowie von der Stadt Graz/Abteilung Verkehrsplanung zu einer Informationsveranstaltung betreffend Grazer Südgürtel geladen. Soweit, so gut – sollte man meinen. Aber diese angeblich offiziöse Informationsveranstaltung scheint sich im Nachhinein als eine Parteienveranstaltung zu entpuppen – wahrscheinlich nur rein zufällig nicht einmal eine Woche vor der Nationalratswahl.

Faktum nämlich ist: Die Bezirksvorsteherin von Liebenau, SPÖ-zugehörig, wurde über diese Informationsveranstaltung weder informiert, geschweige denn wurde sie dazu eingeladen. Und bekam dann im Zuge ihrer Recherchen gar Erstaunliches zu hören. Denn obwohl die Einladung, wie gesagt, das offizielle Stadt-Logo der Abteilung für Verkehrsplanung enthielt, und sich die Bezirksvorsteherin daher in ihrer Verärgerung an das Büro des zuständigen Stadtrates DI Rüscher wandte, wusste man dort – trotz Logos – nichts von einer städtischen Informationsveranstaltung und verwies darauf, dass es sich hierbei wohl um eine Parteiveranstaltung gehandelt haben müsse.

Und da stellt sich denn doch die Frage, wie eine Partei – und auch wenn es sich dabei um die Bürgermeisterpartei handelt – dazu kommt, für eine Parteiveranstaltung das offizielle städtische Logo zu verwenden? Wenn dies nämlich wirklich den Tatsachen entspricht, dass es sich dabei – wie zumindest vom Büro eines VP-Stadtrates gesagt wird – um eine Parteienveranstaltung gehandelt habe, mit der die Fachabteilung nichts zu tun gehabt habe, dann wäre dies kein Kinkerlitzchen, über das man so einfach hinweggehen kann – dann wäre dies meines Wissens nach ein zu verfolgendes bzw. zu ahndendes Delikt. Denn weder Hinz, Kunz und Sepp noch eine Partei

dürfen sich das Recht herausnehmen, ihre Schreiben mit offiziellen städtischen Logos zu versehen.

In diesem Sinne stelle ich daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

ob du bereit bist, den Sachverhalt in Zusammenhang mit dieser Informationsveranstaltung prüfen zu lassen und zu klären, warum die Bezirksvorsteherin nicht zu einer Bezirksinformationsveranstaltung eingeladen wurde bzw. für den Fall, dass es sich hierbei nicht um eine offizielle städtische Informationsveranstaltung gehandelt hat, gegen die InitiatorInnen namens der Stadt Anzeige wegen missbräuchlicher Verwendung des städtischen Logos einzureichen?



Betr.: Lärmschutz Kalvariengürtel

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Leopold Simbürger
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. Oktober 2006

Sehr geehrter Bürgermeister!

Infolge des Ausbaus des Kalvariengürtels hat der Autoverkehr in diesem Bereich rapide zugenommen - und dementsprechend sind auch die Lärmbelastungen für die AnrainerInnen speziell in den Bereichen Kalvariengürtel (Kalvarienbergstraße und Floßlendstraße) enorm gestiegen. In diesem Sinne fordern denn auch immer mehr AnrainerInnen, dass endlich wirksame Maßnahmen gegen die Lärmbelastung gesetzt werden. Allerdings sind diese Forderungen bisher – soweit zumindest die Klage der Betroffenen seitens der Stadt auf taube Ohren gestoßen, vielleicht auch im Zuge des überbordenden Verkehrslärms schlichtweg nicht gehört worden. Doch klar ist auch, dass der Ist-Zustand der Lebens- und Wohnqualität mehr als abträglich ist.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Namen des SPÖ-Gemeinderatsklubs

die Anfrage,

ob Sie im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz bereit sind, die zuständigen Fachabteilungen prüfen zu lassen, welche Lärmschutzmaßnahmen in diesem Bereich gesetzt werden könnten, um die Belastung der BewohnerInnen zu reduzieren, wobei in diesem Zusammenhang unter anderem vielleicht auch gleich der Lückenschluss für den Radweg nach Westen mit berücksichtigt werden könnte?



Betr.: Aussagen am Wahlabend

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Karl-Heinz Herper
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. Oktober 2006

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Dass im Vorfeld von Wahlen bzw. im Zuge von Wahlbewegungen mitunter wenig durchdachte Worte fallen, ist unbestritten. Und wer immer sich in Wahlbewegungen engagiert ist gut beraten, freundliche Mitteilungen des politischen Mitbewerbes aus der Zeit vor dem Urnengang nicht allzu sehr auf die Waagschale zu legen. Nur wer hier wirklich frei von jeglichen Untergriffigkeiten ist, dem gestehe ich zu, den sprichwörtlichen ersten Stein zu werfen. Für meine Fraktion, das gestehe ich ein, nehme ich das nicht in Anspruch – ebenso wenig gestehe ich aber auch der ÖVP dieses Recht zu.

Dass im Zuge von Wahlauseinandersetzungen manchmal der Mund schneller als der Kopf arbeitet, das ist, wie gesagt, noch einigermaßen verständlich. Kein Verständnis habe ich jedoch – und ich weiß mich in dieser Angelegenheit mit vielen Grazerinnen und Grazern einig – wenn nach beendeter Auszählung der Stimmen dann noch zu einem beleidigend-diffamierenden Rundumschlag angesetzt wird. Dies mit dem Zweck, ich sage das jetzt überspitzt, um in einer Art Kreuzzugsmanie noch allen „Andersgläubigen“ kräftig eines drüberzuziehen.

So geschehen am 1. Oktober 2006 – nach Vorliegen des vorläufigen Ergebnisses der Nationalratswahl für Graz, durch dich, durch den Grazer Bürgermeister. Auf die Frage eines Journalisten, worauf denn du die Niederlage der ÖVP zurückführst, lautete deine Bilanz im O-Ton: „Der Wahlkampf alle gegen einen mit Lügen, Schmutzkübel und Verleumdungen ist aufgegangen.“ Und weiter im O-Ton: „Die Moral von der Geschichte: Bestiehl die Leut' und arbeit nicht.“

Herr Bürgermeister, ich weise es auf das Entschiedenste zurück, einer Partei von Dieben, Räubern und Faulpelzen anzugehören – ich verbitte mir solche Aussagen, hier haben sie sich im Stil mehr als vergriffen. Und ich verbitte mir solche Wortspenden im Namen der rund 37.000 Grazerinnen und Grazer, die die SPÖ gewählt haben und denen sie gleichsam eine Komplizenschaft mit Dieben, Räubern und Faulpelzen nachsagen. Für einen Bürgermeister sind derartige Aussagen schlichtweg ungeheuerlich.

Ich sage ungeheuerlich – und das ist noch ein gelinder Ausdruck. Denn wahr ist, dass der Grazer Bürgermeister mit dieser seiner Aussage fast 80 Prozent der wahlberechtigten Grazerinnen und Grazern indirekt mitteilt, sie wären dumm. Denn aus deiner offenbar eingeschränkten Sicht, Herr Bürgermeister ist offenbar jeder, der nicht ÖVP wählt, ein dummer Mensch, der auf Lügen, Schmutzkübel und Verleumdungen reingefallen ist.

Herr Bürgermeister, wäre dies zum ersten Mal, dass du mit einem Ausritt Andersdenkenden gegenüber dich öffentlich positionierst, könnte man ja sogar noch meinen, dies wäre eben aus einer besonderen Emotion heraus passiert. Aus einer absoluten Siegesicherheit heraus eine Wahlniederlage verdauen zu müssen, verlangt halt besondere Größe und vor allem ein besonderes Maß an politischer Erfahrung. Aber es ist ja nicht zum ersten Mal, dass du – einem Großinquisitor gleich – zu einem verbalen Kreuzzug gegen Andersdenkende und Andersgläubige antrittst bzw. gegen all jene Menschen, die nicht deinem Weltbild entsprechen, mobil zu machen versuchst. Einmal waren es die Homosexuellen, für deren Heilung du beten wolltest, dann hast du zu Graz zum Bollwerk gegen die Türkeninvasion ernannt, das nächste Mal hast du die Mütter gezeißelt, die ihre Kinder in Betreuungseinrichtungen abgeben, um danach im Kaffeehaus zu sitzen. Herr Bürgermeister, gestatte mir diesen Hinweis: Solche Positionierungen sind eines Bürgermeisters nicht würdig – und am Wahlabend zu einem Rundumschlag gegen die Wählerinnen und Wähler auszuholen, ist sicher nicht die geeignete Methode, um der Politikskepsis entgegenzuwirken. Denn Politikskepsis beruht auf Politikerskepsis – und derartige Aussagen sind sicher nicht dazu geeignet, das Ansehen von Politikerinnen und Politikern zu fördern und damit die Politikskepsis abzubauen.

Seit dem 1. Oktober sind nunmehr fast drei Wochen vergangen – und ich hätte mir in diesen drei Wochen zumindest ein Wort des Bedauerns von deiner Seite für diese Aussagen erwartet. Ein Wort des Bedauerns gegenüber den politischen Mitbewerbern, ein Wort des Bedauerns gegenüber jenen 145.000 wahlberechtigten Grazerinnen und Grazern, die der ÖVP am 1. Oktober nicht ihre Stimme gegeben haben. Eine Entschuldigung dafür, politische Mitbewerber als Diebe und Faulpelze vernadert zu haben, eine Entschuldigung dafür, dass damit 145.000 GrazerInnen, die nicht der ÖVP ihre Stimme gegeben haben, indirekt der Dummheit, der Naivität, der Blindheit bezichtigt wurden. Ich habe dieses Wort der Entschuldigung vom Grazer Bürgermeister bis dato noch nicht gehört.

In diesem Sinne stelle ich nunmehr daher an dich, Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

ob du bereit bist, die von dir als Bürgermeister der Stadt Graz getätigten Aussagen zurückzunehmen und dich für diesen ungeheuerlichen Ausritt bei den politischen Fraktionen in diesem Haus sowie bei den Grazerinnen und Grazern zu entschuldigen?



Betr.: Fahrradcops

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Klaus Eichberger
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. Oktober 2006

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Mit viel Trara und selbstverständlich sehr medienwirksam war Anfang September das Projekt „Fahrradcops“ gestartet worden – auf Initiative von dir und von VP-LAbg. Eduard Hamedl, so lautete die viel versprechende Botschaft, würde in Hinkunft eine Fahrrad-Einsatztruppe der Polizei für Recht und Ordnung sorgen.

Nicht einmal drei Wochen später, oder soll man vielleicht besser sagen: unmittelbar nach der Nationalratswahl? – gehört das Projekt offenbar der Vergangenheit an. Oder, wie dies eine am Sonntag erschienene Wochenzeitung süffisant titelte: „Die Rad-Polizisten waren nur ein Wahlgag“.

Nun möchte ich weder dem Grazer VP-Bürgermeister noch einem VP-Landtagsabgeordneten unterstellen, dass sie allein eines Wahlgags wegen und um bei der Nationalratswahl auf Stimmenfang zu gehen, auf dem Rücken der Grazer Bevölkerung ein derart billig-populistisches Spiel mit dem Sicherheitsbedürfnis machten. Es gibt aber sehr wohl einige Punkte, die aus meiner Sicht aufklärungsbedürftig sind. Etwa der Umstand, dass angeblich die so genannten Uniformen der Fahrradcops ganz rasch in Eigenregie zusammengebastelt wurden oder dass die Fahrräder lediglich für ein einziges Monat geliehen worden waren. Denn wenn diese Fakten so stimmen, wenn diese kurz vor der Nationalratswahl gestartete Aktion wirklich für eine derart kurze Zeit angesetzt war, dann wäre dies wirklich ein ganz böses Spiel mit der Sicherheit, dann könnte man dies durchaus als einen skandalösen Wahlgag bezeichnen. Denn von Befristungen war meiner Erinnerung nach im Rahmen der Präsentation nie die Rede gewesen, dass gleich nach dem Schließen der Wahlzellen auch die Fahrradstreifen „zusperren“, war im Vorfeld nicht angekündigt worden.

Nachdem diese Aktion ja auch auf Initiative des Grazer Bürgermeisters entstanden sein soll, stelle ich nunmehr namens des SP-Gemeinderatsklubs an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister

die Anfrage,

ob das Projekt Fahrradcops tatsächlich nur bis unmittelbar nach der Nationalratswahl anberaumt war und wenn ja, warum die Grazer Bevölkerung nicht entsprechend informiert worden ist und ob für die Finanzierung dieses Projekts seitens der Stadt Graz irgendwelche Mittel geflossen sind.



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Betrifft: Entwicklung einer Initiative
„Botschafter/in für Graz“

Mündliche Anfrage

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Frau Gemeinderätin Mag. Susanne Bauer
an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. Oktober 2006

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Am 27. April d.J. habe ich die Anfrage an Sie gerichtet, ob Sie bereit sind, die Entwicklung einer Initiative „Botschafter/in für Graz“ zu unterstützen.

Viele Persönlichkeiten in dieser Stadt, ich darf hier den Rektor der TU, Herrn Sünkel oder auch die Vertreter des Tourismusverbandes, Herrn Reif-Breitwieser, Herrn Florian, Herrn Huber aber auch Herrn Stadtrat Eisel-Eiselsberg nennen, haben betreffend die Umsetzung dieser Idee großes Interesse signalisiert.

Mittlerweile wurden mir in diesem Zusammenhang auch bereits die Entwürfe für Präsente, die den Botschafter/innen zur Verfügung gestellt werden können, übermittelt.

Allein von Ihrer Seite habe ich auf meine Anfrage hin noch keine Antwort erhalten, obwohl die Geschäftsordnung des Gemeinderates dies bis zur drittfolgenden Sitzung vorsieht.

Demzufolge stelle ich namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs nochmals an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

ob Sie im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz bereit sind, die Idee von Graz-Botschafter/innen weiterverfolgen zu lassen und die zuständigen Fachabteilungen in Kooperation mit Graz Tourismus damit zu beauftragen, ein entsprechendes Projekt zu entwickeln?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 19. Oktober 2006

Gemeinderat: Mag. Andreas Fabisch

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Jugendliche im Umfeld öffentlicher Parkanlagen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Zerstörungswut in unseren Parkanlagen ist ein Problem, das zuweilen zu Unmut bei Parkbenützern, aber auch zu Belastungen der Stadtkassa führt. Die meist jugendlichen Täter (mit oder ohne Migrationshintergrund) sind durch Verbote und Tafeln mit Appellen allein eher wenig zu beeindrucken, wie das Beispiel Volksgarten zeigt.

Offensiv auf die jungen Menschen zuzugehen und sie bei der Problemlösung mit einzubeziehen, dürfte ein vielversprechender Weg sein.

Genau diese Strategie hat der MigrantInnenbeirat bereits vor zwei Jahren dem Sportamt vorgeschlagen, um gemeinsam mit dem Jugendamt und anderen involvierten Stellen (zum Beispiel auf Bezirksebene) initiativ zu werden.

Im Juli 2006 wurde der MigrantInnenbeirat nochmals beim Sportamt in dieser Sache vorstellig. Leider kam bis heute keine Antwort.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, gemeinsam mit allen betreffenden Stellen (Sportamt, Jugendamt, Integrationsreferat u.a.) ein Modell zu entwickeln, das Jugendliche im Umfeld öffentlicher Parks gezielt anspricht und versucht, sie in Problemlösungen bezüglich Vandalismus mit einzubeziehen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 19. Oktober 2006

Gemeinderätin: Gertrude Schloffer

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Kalvarienbergstraße 52

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Eine verzweifelte Bewohnerin des Hauses Kalvarienbergstraße ersucht schon seit zwei Jahren vergeblich eine Abteilung des Straßenamtes, ihr bei einem Problem zu helfen, das zu negativen Auswirkungen auf die Gesundheit führen kann.

In unmittelbarer Nachbarschaft, einem nicht betreuten Heimgarten, haben sich Gerümpel und Müll angehäuft. Ratten können deshalb von Grund zu Grund spazieren.

In dieser Angelegenheit wurde das 1. Telefonat mit der zuständigen Abteilung am 14. September 2004 geführt. Weitere telefonische Kontakte sowie eingeschriebene Briefe folgten. Auch ein Bericht in einer Zeitung vor einem Monat hat nichts geholfen.

Am 24. März dieses Jahres gab es von Amts wegen eine Kurzbesichtigung, am 24. April erfolgte das letzte Telefonat. Seither ist nach Angaben der Anrainern von Seiten der Stadt Funkstille.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, in dieser Sache Licht ins Dunkel zu bringen und zu klären, warum man den angeführten Missstand nicht schon längst beseitigt hat?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 19. Oktober 2006

Gemeinderat: Georg Fuchs

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Eindämmung des Wildwuchs von Wettcafés und Spielautomaten durch steuerliche Maßnahmen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In Österreich gibt es kaum einen Ort, in dem nicht Wettcafés und Lokale mit Spielautomaten aus dem Boden schießen. Diese unerfreuliche Entwicklung macht auch vor Graz nicht Halt. Einerseits fördert dieser Umstand die bereits weit verbreitete Spielsucht, von der nach vorsichtigen Schätzungen alleine in der Steiermark 10.000 Menschen betroffen sind. Viele Familien wurden dadurch bereits in den Ruin getrieben.

Andererseits ziehen diese Lokale Kriminalität wie ein Magnet an. Im Jahr 2006 haben bereits 79 Raubüberfälle auf Wettcafés stattgefunden, besonders betroffen sind Wien und die Steiermark. Die Aufklärungsquote ist gering, regelmäßig werden die Angestellten, die in den Morgenstunden oft alleine ihren Dienst versehen, mit Waffen bedroht und verletzt.

In Wien gibt es bereits Straßenzüge, in denen sich ein Wettcafé ans nächste reiht. Einer positiven Stadtteilentwicklung ist dies nicht förderlich. Die KPÖ hat deshalb im Steiermärkischen Landtag den Antrag gestellt, den Wildwuchs an Minicasinios durch eine höhere Besteuerung einen Riegel vorzuschieben, um mit den Mehreinnahmen Spielsüchtigen durch Therapien und Beratung helfen zu können.

Das Steiermärkische Lustbarkeitsabgabegesetz ermächtigt die Gemeinden derzeit, bis zu 300 Euro monatlich für Geldspielautomaten einzuheben. Bei anderen Spielautomaten, die weniger Suchtpotenzial bergen, dürfen hingegen bis zu 700 Euro eingehoben werden.

Namens der KPÖ Gemeinderatsfraktion stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

Sind Sie bereit, sich beim Landesgesetzgeber dafür einzusetzen, die Abgabe auf Glücksspielautomaten in Graz auf 700 Euro zu erhöhen, bzw., falls der Steiermärkische Landtag eine Erhöhung der Lustbarkeitsabgabe beschließt, den gesetzlichen Rahmen voll auszuschöpfen, um dem rasanten Wildwuchs an Wettcafés und Spielautomaten entgegenzuwirken?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 19. Oktober 2006

Gemeinderätin: Ina Bergmann

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Gehaltsschema für KinderbetreuerInnen in den städtischen
Kinderbetreuungseinrichtungen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Situation der KinderbetreuerInnen in den städtischen Kinderkrippen, Kindergärten und Horten gibt seit vielen Jahren, in Bezug auf das Gehaltsschema und Urlaubsregelung, Anlass zu Kritik und Unzufriedenheit.

Auf Grund einer Änderung im Kinderbetreuungsgesetz des Landes wurden die ehemaligen KindergartenhelferInnen zu KinderbetreuerInnen umbenannt. Mit dieser Namensänderung wurde auch eine verpflichtende Ausbildung zur Kinderbetreuerin eingeführt. Alle zu diesem Zeitpunkt beschäftigten Helferinnen, waren verpflichtet, diese Ausbildung nachzuholen. Laut Gesetz ist die Ausbildung der KinderbetreuerInnen mit jener der Tagesmütter gleichzusetzen.

Was das Gehaltsschema jedoch betrifft, so gab es keine Änderung auf Grund der jetzt verpflichtenden Ausbildung. Die Dienstverträge der früheren HelferInnen wurden nicht geändert.

Die KinderbetreuerInnen sind nach wie vor im Arbeiter-Gehaltsschema, weiters mussten sie mit der gesetzlichen Änderung auch Gehaltskürzungen in Kauf nehmen. Es wurde die Erschwerniszulage halbiert (es müssen keine Grobreinigungsarbeiten mehr verrichtet werden), jedoch die zusätzliche Qualifikation nicht anerkannt.

Von Seiten der PersonalvertreterInnen wurde bereits mehrmals an vielen Stellen darauf aufmerksam gemacht und informiert, jedoch fand man bis jetzt kein Gehör für die Anliegen.

Namens der KPÖ Gemeinderatsfraktion stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

Sind Sie als zuständiger Personalreferent der Stadt Graz bereit, sich für die Anliegen der KinderbetreuerInnen einzusetzen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 19. Oktober 2006

Gemeinderat: Klubobmann Sepp Schmalhardt

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Hallenneubau Alte Poststraße / Zeppelinstraße

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In der Gemeinderatssitzung am 12. Mai 2005 stellte ich den Antrag, dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz eine Informationsveranstaltung mit den vom geplanten Hallenneubau in der Alten Poststraße/Zepelinstraße im Bezirk Puntigam betroffenen Bewohnern abhalten sollten.

In dieser Informationsveranstaltung, die mittlerweile stattgefunden hat, wurden die Bedenken und Sorgen der Bevölkerung aber nicht ausgeräumt.

Seit dieser Veranstaltung ist es rund um den Hallenneubau ruhig geworden und die Informationen an die Bewohner sind gleich Null.

Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, den betroffenen Bewohnern – insbesondere dem Verein „Lebensqualität Puntigam“ (Mag. Franz Harzl) – die notwendigen Informationen zukommen zu lassen ?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 19. Oktober 2006

Gemeinderat: Klubobmann Sepp Schmalhardt

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Gemeindewohnungen auf Kasernengrund

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Gemeinderat der Stadt Graz hat in seiner Sitzung am 16. Februar 2006 einstimmig beschlossen, den Bund zu ersuchen, mit den Gemeinden - so auch der Stadt Graz - Gespräche aufzunehmen, damit geprüft werden kann, ob Kasernengrundstücke zu günstigen Bedingungen zum Zwecke des Baus von Gemeindewohnungen, aber auch von Kinderbetreuungseinrichtungen, Nahversorgung, Arbeitsstätten und großzügigen Grünbereichen angeboten werden können. Diese Forderung ist durch eine Petition an den Nationalrat unterstützt worden, die von über 5.000 MitbürgerInnen unterzeichnet wurde.

Seit dem Gemeinderatsbeschluss ist fast ein Dreivierteljahr vergangen. Der Verkauf früherer Kasernen zu überhöhten Marktpreisen - wie ihn die bisherige Bundesregierung geplant hatte - verläuft äußerst schleppend. Daraus könnte die neue Regierung die Konsequenz ziehen und auf unseren Vorschlag einsteigen, für den Wohnbau geeignete Areale den Gemeinden zu günstigen Bedingungen zu überlassen, um Sozialwohnungen zu errichten und die Stadtteilentwicklung zu verbessern.

Von der Zuständigkeit her ist es die Aufgabe des Liegenschaftsreferenten, in Gesprächen mit den zuständigen Stellen des Bundes und der vom Verteidigungsministerium eingerichteten Gesellschaft, die mit dem Verkauf von Kasernenliegenschaften betraut ist, die Möglichkeiten auszuloten, die es in diesem Zusammenhang gibt.

Wir treten dafür ein, dass die Initiative Gemeindewohnungen auf Kasernengrund im Programm der neuen Bundesregierung verankert werden soll.

Die zunehmende Bedarf an günstigen Sozialwohnungen und das Problem, in Graz geeignete Grundstücke zu finden, auf denen in kurzer Zeit Übertragungswohnbauten errichtet werden können, drängt diese Lösung geradezu auf.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Welche Initiativen hat die Stadt Graz entwickelt, um auf Grundlage des einstimmigen Gemeinderatsbeschlusses vom 16. Februar 2006 das Vorhaben Gemeindewohnungen auf Kasernengrund in Graz realisieren zu können? Haben bereits Gespräche mit Vertretern des Bundes und des Landes Steiermark stattgefunden? Wenn ja, wie ist das bisherige Ergebnis dieser Kontakte?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 19. Oktober 2006

Gemeinderätin: Christine Schönberg

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Schaltergebühr der Energie Graz

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Antwort der Energie Graz AG, die Sie mir nach meiner Anfrage vom 27. 4. 2006 über die Einführung der Schaltergebühr für die Stromrechnungen übermittelt haben, kann mich nicht zufrieden stellen.

Bekanntlich wurde mit 1. April 2006 eine Schaltergebühr von 1.50 Euro für StromkundInnen eingeführt, die ihre Stromrechnung beim Schalter begleichen.

Trotz der Zusatzbelastung vor allem für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger ist man nicht bereit, diese Gebühr wieder abzuschaffen. Es wird lediglich einzelnen Personen angeboten, die Stromrechnung ohne Gebühr einzahlen zu dürfen. Wenn es – wie uns gesagt wurde – jährlich insgesamt 35.000 Bareinzahlungen gibt, beträgt das Körpergeld der Energie Graz aus dieser neuen Gebühr pro Jahr immerhin 52.500 Euro!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Auch angesichts der bevorstehenden Strompreiserhöhung von mehr als 6 % bei der Energie Graz AG, stelle ich im Namen der KPÖ Gemeinderatsfraktion folgende

Anfrage:

Weisen Sie wie wir die Antwort der Energie Graz AG in dieser Angelegenheit als unbefriedigend zurück und sind Sie bereit, sich beim Management der Energie Graz weiterhin dafür einzusetzen, dass diese Schaltergebühr wieder abgeschafft wird?

Gemeinderat

Mag. Harald Korschelt

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8010 Graz

Dienstag, 17. Oktober 2006

Betreff: **Gewalt unter Jugendlichen**; mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Wer aufmerksam die Zeitungsberichte, auch aus anderen Bundesländern, zum Thema Jugend und Gewalt verfolgt, muss mit Bestürzung feststellen, dass die zunehmende Gewaltbereitschaft unserer Kinder und Jugendlichen ein ernstes Problem geworden ist. Positiv hervorzuheben ist, dass es in Graz laut Auskunft von Experten noch nicht so schlimm zugeht wie etwa in Salzburg und Klagenfurt. Um diese Entwicklung in Graz bereits im Anfangsstadium zu beenden, sollten wir möglichst rasch geeignete Initiativen setzen, damit sich keine Welle der Gewaltbereitschaft breit machen kann.

Die in den Medien dokumentierten Schlägereien haben mit Kräftemessen oder Lausbubenstreichen nichts mehr zu tun, hier ist ein ernstes Problem unserer Gesellschaft aufgebrochen. Für mich ist die Ursache zum Teil auch in unserer Gesellschaftsform zu suchen. Sicher haben diverse Action und Brutalofilme maßgeblichen Anteil, die Hauptursache ist aber der Umstand, dass viele einfach keine Zeit mehr für den Nachwuchs haben, weil sie sich der Sicherung des Lebensunterhalts, sprich der Arbeit zu widmen haben.

Es ist meines Erachtens nach daher dringend notwendig, dass die Gesellschaft auf diese Auswüchse reagiert und eingreift. Wenn Eltern nicht mehr in der Lage sind ihren Kindern vorzuleben, wie Konflikte zu lösen sind, dann muss sich die Gesellschaft, das Jugendamt, die Schule dieser Problematik annehmen. Wir dürfen nicht zuschauen, wie hemmungslos und schonungslos, meist auch unter Alkoholeinfluss, aufeinander losgegangen wird.

Die Stadt Graz muss Bewusstseinsbildung und Seminare zur Konfliktlösung unter Jugendlichen initiieren. Den Jugendlichen muss gezeigt werden, wie Konflikte zu lösen sind, hier muss das Jugendamt einschreiten. Auf der anderen Seite sollte gezeigt werden, dass Aggressionen etwa durch den Sport abgebaut werden können. Das Sportamt bietet den ganzen Sommer über eine Vielzahl von tollen Kursen an, meiner Meinung nach sollten diese Kurse verstärkt für jene Jugendlichen reserviert werden, die zu Gewaltbereitschaft und aggressiven Verhalten neigen.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind, von den zuständigen Stellen prüfen zu lassen, welche Möglichkeiten die Stadt Graz hat, um Grazer Jugendlichen durch Information, Beratung, Seminare und sportliche Angebote bei der Konfliktlösung hilfreich zur Seite zu stehen?

**Anfrage an den Bürgermeister
eingebracht von GRin Lisa Rücker
vom 19.10.2006**

Betrifft: Absicherung der Vereins- und Subventionspolitik der Stadt Graz

Damit eine Stadt gut funktionieren und die Menschen gut in ihr Leben können, sind mit mehr oder weniger großem Kostenaufwand und durch den Einsatz vieler Menschen verschiedenste Leistungen zu erbringen. Es geht dabei um das Zusammenspiel der Öffentlichen Hand, der Privatwirtschaft, der Sozial- und Kulturwirtschaft im Non-Profit-Bereich und nicht zu vergessen, jener wichtigen Leistungen, die gratis und ehrenamtlich erbracht werden. Diese vier Bereiche ergänzen sich und erfüllen wichtige Aufgaben im Sinne der Grundversorgung und des gesellschaftlichen Zusammenhaltes.

Einen wesentlichen Anteil am Funktionieren dieser Grundversorgung haben schon seit langem die gemeinnützigen Organisationen und Vereine, die durch ihre professionellen Leistungen dringende Aufgaben der öffentlichen Hand erfüllen. Männer und Frauen mit unterschiedlichsten Problemen und Interessen, Kinder, junge und alte Menschen, ob zugewandert, geflüchtet oder hier geboren finden in Graz Anlaufstellen und Unterstützung bei den zahlreichen Organisationen. Und auch die Vereine der freien Kulturszene sind unverzichtbare TrägerInnen des kulturellen (Zusammen-)lebens. Alle diese Organisationen schaffen unzählige Arbeitsplätze, zahlen gar nicht wenig Steuern, kaufen ein, investieren und haben so einen gerne unterschätzten Anteil am Wirtschaftskreislauf und der Sicherung des Wirtschaftsstandortes Graz.

Während aus allen Einrichtungen von einem zunehmenden Bedarf berichtet wird und in den meisten Vereinen an oder über die Grenzen der Belastbarkeit gearbeitet wird, sind wir nun schon seit Jahren mit Kürzungen durch die Bundesebene konfrontiert, erleben ähnliche Diskussionen jetzt auch aktuell auf Landesebene und müssen mit den derzeit wieder (erst) begonnenen Budgetverhandlungen für das kommende Jahr Kürzungen und Einsparungen auch in Graz befürchten. Viele Förderverträge mit Sozial-, Frauen-, Integrations- und Kulturvereinen laufen mit Ende 2006 aus - wie es ab dem 1.1.2007 weiter geht, ist völlig ungeklärt.

Für die Vereine, die keine mittelfristigen Verträge haben ist dies eine jährlich wiederkehrende, untragbare Situation, die widerspiegelt, welcher Stellenwert ihrer Arbeit tatsächlich zugemessen wird. Von ihnen wird laut Vereinsgesetz nämlich erwartet, dass sie rechtzeitig eine Aussage darüber treffen können, wie sich ihre mittelfristige Finanzgebarung entwickeln wird. Sie sind verpflichtet nach betriebswirtschaftlichen Kriterien vorausschauend zu planen und entsprechende Entscheidungen zu treffen. Nach dem Angestelltengesetz gilt eine dreimonatige Kündigungsfrist. Eigentlich sollten alle Vereine ihre MitarbeiterInnen schon längst gekündigt und sämtliche sonstigen Verträge (Miete etc...) aufgelöst haben. Das Risiko für die Aufrechterhaltung dieser Verbindlichkeiten tragen alleine die Vorstände und GeschäftsführerInnen.

Die gesamte Stadtregierung und auch Sie, Herr Bürgermeister sind in dieser prekären Situation in die Verantwortung zu nehmen. Hier für Sicherheit zu sorgen, muss das gemeinsame Anliegen aller sein, das heißt auch jener Ressorts, die zufällig weniger Förderungen in diesen Bereiche vergeben. Denn ob die Sozial- und Kulturwirtschaft einer Stadt funktioniert oder nicht, spüren letztendlich alle. Es kann also nicht nur im „Ermessen“ einer Stadt oder eines einzelnen Stadtsenatsreferenten bzw. einer einzelnen Stadtsenatsreferentin liegen, die von den Vereinen und Organisationen abgedeckten Bereiche sicherzustellen. Die Absicherung dieser Aufgaben sollte im Gegenteil auf der gemeinsamen politischen Prioritätenliste ganz oben stehen. Eine derartige Liste gibt es in Graz allerdings noch immer nicht. Viel lieber wird hingegen mit nackten Zahlen operiert und vorgegeben, dass Sparen und Kürzen nach objektiven und gerechten Kriterien am besten funktionieren könnte, wenn mit Prozentzahlen vorgegangen wird. Dabei wird vergessen, dass jede Kürzung in diesem Bereich zwar kurzfristig kostensenkend sein mag, die langfristigen gesellschaftlichen Kosten aber ungleich größer sind und daher die ganze Aufmerksamkeit der Politik verdienen.

Aus diesem Grund stelle ich daher im Namen der Grünen – ALG an Sie, Herr Bürgermeister die

ANFRAGE

Sind Sie bereit sich dafür einzusetzen, dass die StadtsenatsreferentInnen noch vor Beschlussfassung des Budgetvoranschlags 2007,

1. die in ihren Ressorts bestehenden Fördervereinbarungen und SubventionsnehmerInnen auflisten und die geförderten Aufgaben qualitativ beschreiben,
2. auf Basis der erhobenen Daten im Stadtsenat eine gemeinsame, ressortübergreifende politische Diskussion über den Bedarf der Stadt Graz führen und eine vorausschauende Schwerpunktsetzung für die Vereins- und Subventionspolitik der nächsten Jahre formulieren und
3. den betroffenen Vereinen und gemeinnützigen Organisationen, sowie dem Gemeinderat die Ergebnisse der Beratungen noch rechtzeitig vor der Beschlussfassung des Budgetvoranschlags 2007 zur Kenntnis bringen?